

**Rede des Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge,  
Wolfgang Schneiderhan,  
anlässlich der Zentralen Gedenkveranstaltung  
zum Volkstrauertag am 13. November 2022 im Bundestag**

„Nie wieder Krieg“, unter dieser Maxime haben wir uns bisher jedes Jahr zum Volkstrauertag versammelt. „Nie wieder Krieg“, das war und ist auch jetzt die einzige Konsequenz, die man ziehen kann, wenn man der Opfer von Kriegen und Gewaltherrschaft gedenkt, wie wir das heute tun.

„Nie wieder Krieg!“ Wir haben diesen Leitsatz gesagt mit der Überzeugung und mit der Erschütterung über die Millionen Opfer, die die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert gefordert haben. Aber wir dachten gleichzeitig, dass wir eine Selbstverständlichkeit aussprechen.

„Nie wieder Krieg“, ja was denn eigentlich sonst?

Aber seit nunmehr neun Monaten gibt es wieder Krieg, mitten in Europa.

Das Volk der Ukraine, das schon im Zweiten Weltkrieg ungeheuren Terror aushalten musste und einen riesigen Blutzoll entrichten musste, ist wieder Opfer, diesmal eines von Russland ausgehenden Angriffs. Und wie im Zweiten Weltkrieg geht es den Aggressoren nicht nur um die Verschiebung von Grenzlinien, sondern um die Vernichtung eines Volkes und die Auslöschung eines Staates.

Die Bilder, die uns jeden Tag aus dem Kriegsgebiet erreichen, illustrieren die Schrecken und die Leiden der Menschen in der Ukraine – und führen uns ein weiteres Mal vor Augen, welches Verbrechen ein Angriffskrieg gegen ein anderes Volk ist.

Unser Gedenken an die Opfer der beiden Weltkriege, an die Menschen, die als Soldaten gefallen, als Zivilisten umgekommen oder als Juden und Angehörige anderer Minderheiten im Holocaust ermordet wurden, ist aktueller und notwendiger denn je. Es geht darum, die Toten nicht zu vergessen, aber ihren Tod auch als Mahnung, als Warnung an die Lebenden zu verstehen: „Nie wieder Krieg!“

60 bis 70 Millionen Menschenleben hat alleine der Zweite Weltkrieg gefordert, darunter circa sechs Millionen Soldaten. Diese Soldaten sind ebenfalls Opfer des nationalsozialistischen Größen- und Vernichtungswahns. Als Teil der verbrecherischen Kriegsmaschinerie waren sie aber auch Täter und Mittäter – ganz unabhängig von persönlicher Schuld.

Wir lernen aus dem Zweiten Weltkrieg unter anderem, dass jeder Krieg auch auf seine Verursacher zurückschlägt.

Ein Ziel der deutschen Aggression in den Jahren 39 bis 45 war auch Lettland, dessen frei gewählter Präsident gleich zu uns spricht. Dafür danke ich Ihnen, Herr Präsident, von ganzem Herzen ganz persönlich und auch im Namen aller hier Anwesenden.

Lettland wurde 1941 von deutschen Truppen besetzt. Damit begannen auch die Verfolgung und Ermordung der lettischen Juden. Sie wurden in Ghettos gezwungen, als Zwangsarbeiter versklavt, bevor sie schließlich ermordet wurden. Zynischerweise wollten die Nationalsozialisten so Platz schaffen für die aus Deutschland deportierten Juden, denen dann das gleiche Schicksal widerfuhr.

Leider war der Abzug der deutschen Truppen für Lettland nicht das Ende von Terror und Tod, von Deportation und Unterdrückung. Die Sowjetunion verleibte sich das Land brutal ein.

„Lettland ist eine unabhängige, demokratische Republik.“ Diese Beschreibung ist heute eine Selbstverständlichkeit, aber das ist der Satz, mit dem das Land sich am 21. August 1991 wieder als unabhängig erklärte.

Eine breite Volksbewegung aller drei baltischen Staaten hatte die Unabhängigkeit gegen die Sowjetunion und ihren Machtapparat durchgesetzt. Das zeigt, dass Zwang nicht zwangsläufig ist, sondern Mut und Zivilcourage die Entwicklungen zum Positiven verändern können.

Lettland wie seine Nachbarn Litauen und Estland haben damit ein Beispiel gegeben und eine Fackel für Demokratie, Menschenrechte und Selbstbestimmung entzündet, deren Schein bis in die DDR leuchtete und die dortige Demokratiebewegung ermutigte.

Es ist kein Zufall, dass die lettische Republik heute in der ersten Reihe derer steht, die die Ukraine und ihre Bürgerinnen und Bürger unterstützen und Russland entschlossen begegnen.

Die Letten wissen, wie Krieg und Terror sich anfühlen und wie wichtig die europäische Solidarität ist. Sie wissen auch, dass es in diesem Konflikt nicht nur um die Ukraine, sondern um unser aller Freiheit geht. Das hat die Geschichte auch gelehrt: Wenn ein Aggressor erfolgreich ist, plant er weitere Eroberungen.

Aber, auch dieser Krieg wird enden. Und dann? Wie kann eine stabile Friedensordnung für Europa aussehen? Wird ein friedliches Miteinander von Ukrainern und Russen wieder möglich sein, wieder möglich werden?

Wir Deutschen wissen aus eigener Erfahrung, wie schwierig und langwierig ein Prozess der Versöhnung ist. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge betreut weltweit über 800 Soldatenfriedhöfe in 46 Staaten - in Ländern, in die die deutschen Soldaten als Besatzer gekommen waren und die töteten, bevor sie selbst starben.

Die Voraussetzung zur Versöhnung mit unseren europäischen Nachbarn war, dass wir uns mit unserer eigenen Verantwortung auseinandergesetzt und uns zu eigener Schuld bekannt haben.

Wir konnten niemandem sein Leben zurückgeben, aber wenigstens seine Identität. Und die Angehörigen haben einen Ort der Trauer und alle anderen eine Stätte des Gedenkens. Und dafür sind wir dankbar.

Auch heute weinen russische Mütter um ihre gefallenen Söhne. Werden deren Gräber in der Ukraine auch einmal Orte der Begegnung und Stätten der Versöhnung sein? Es wird ein langer, ein sehr langer Weg zu gehen sein.

In unser heutiges Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft beziehen wir die Toten und Verletzten des russischen Angriffs mit ein. Auch aus ihren Gräbern erschallt der Ruf: „Nie wieder Krieg!“